

# EU-Nachrichten

## 04 2017

### KURZ & KNAPP

#### **Kampf gegen Steuervermeidung** 3

Weitere Schlupflöcher werden geschlossen

### IM FOKUS

#### **Europäisches Semester** 4

EU-Mitgliedstaaten kommen auf ihrem Reformkurs voran

#### **Umgang mit Flüchtlingen** 6

Auch für den Weg zurück soll es klare Regeln geben

### SCHUTZ DER STAHLINDUSTRIE

#### **Antidumpingzölle auf Importe aus China bestätigt**

Um die europäische Stahlbranche vor unfairem Konkurrenz zu schützen, hat die EU-Kommission beschlossen, Antidumpingzölle auf Importe von schweren Stahlplatten aus China einzuführen. Sie wurden seit Oktober bereits vorläufig erhoben und sollen nun für fünf Jahre gelten. Die Untersuchungen der Kommission haben ergeben, dass chinesische Hersteller ihre Produkte weit unter den Produktionskosten anbieten.

Die Zollaufschläge für chinesische Produzenten von schweren Stahlplatten werden deshalb zwischen 65 und 73 Prozent liegen. Die Kommission nutzt damit die handelspolitischen Schutzinstrumente, um für Chancengleichheit auf dem hart umkämpften internationalen Stahlmarkt zu sorgen. Derzeit laufen 41 Antidumping- und Antisubventionsuntersuchungen im Bereich Stahl, von denen 18 Produkte aus China betreffen.

▮ [Strafzölle auf chinesischen Stahl](#)



Nachdem EU-Kommissionspräsident Juncker mögliche Szenarien vorgestellt hatte, begann im Europaparlament die Diskussion über die Zukunft der EU.

### ZUKUNFT DER EU

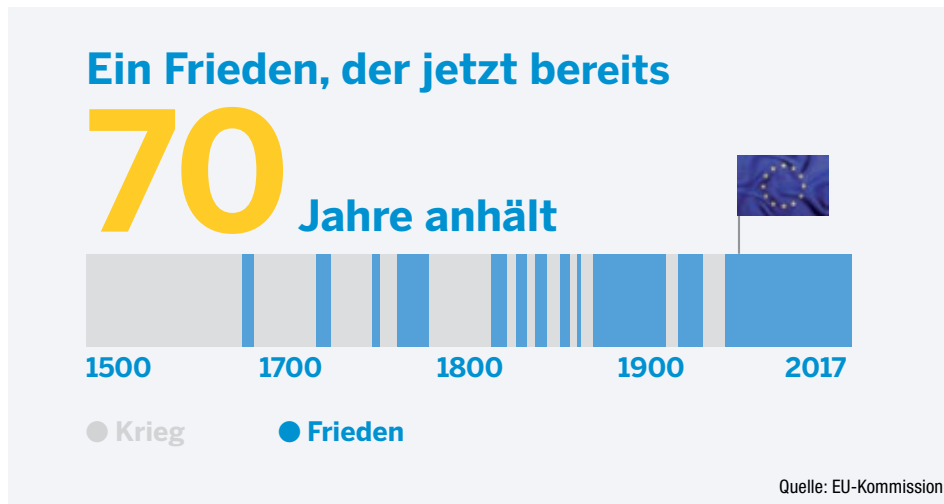
#### **Juncker eröffnet die Diskussion**

Globalisierung, neue Technologien, Kriege und Konflikte in der Welt, zunehmender Populismus und der Austritt des Vereinigten Königreiches: Die EU muss angesichts dieser Herausforderungen entscheiden, welchen Kurs sie künftig einschlagen will und wie sie ihre Rolle auf der Weltbühne sieht. Eine Entscheidung, die von Bürgerinnen und Bürgern, von nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament getroffen werden muss, betonte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

> Um die Diskussion anzustoßen, legte die Kommission ein so genanntes Weißbuch vor, in dem fünf Szenarien für den künftigen Kurs der EU und ihre Folgen durchgespielt werden. „Zum 60-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge gilt es, für ein geeintes Europa der 27 eine Vision für die Zukunft zu entwickeln. In diesen Zeiten sind Führungsstärke, Einheit und gemeinsamer Wille gefragt“, sagte Juncker mit Blick auf das Jubiläum am 25. März.

„Das ist der Beginn und nicht das Ende eines Prozesses, und ich hoffe nun auf eine ehrliche und umfassende Debatte“, sagte Juncker. „Die Zukunft Europas liegt in unserer Hand.“ Er verwies auf die Errungenschaften der europäi-

schen Einigung, auf die man mit Stolz aufbauen könne. „Europa ist es gelungen, aus der Asche des Krieges aufzuerstehen“, sagte Juncker. Seit über 70 Jahren herrsche Frieden (siehe Grafik auf Seite 2), die Europäer hätten es geschafft, den Kontinent „mit der Macht des Rechts und nicht durch den Gebrauch von Waffen“ zu einen und würden dafür in der Welt bewundert. „Der Brexit, so bedauerlich und schmerzhaft er auch sein mag, wird die EU auf ihrem Marsch in die Zukunft nicht aufhalten“, sagte er. Welche Möglichkeiten es dafür gibt, skizziert die Kommission in ihrem Weißbuch, wobei Juncker mahnte, die Diskussion nicht zu stark auf die Frage nach „mehr oder weniger Europa“ zu verkürzen. Das führe in die Irre. >>



### >> Szenario 1: „Weiter so wie bisher“

Die EU würde sich wie gehabt unter anderem auf die Vollendung des Binnenmarkts konzentrieren, den Aufbau einer Energieunion und einer Verteidigungsunion. „Das werden wir auch tun, doch wird das ausreichen?“, fragte Juncker. In dem Weißbuch wird unter Verweis auf die Erfahrungen mit der Migrationskrise erklärt, dass die Einheit der Mitgliedstaaten „bei ernsthaften Meinungsverschiedenheiten erneut auf die Probe gestellt werden“ könne. Für diese Fälle müsse klarer gemacht werden, was die EU leisten kann und was nicht, weil sie nicht die Instrumente dafür hat. „Wir sollen nicht glauben machen, dass wir Sonne und Mond herbeizaubern können, wenn wir höchstens ein Teleskop liefern können“, so Juncker.

So könne etwa die hohe Jugendarbeitslosigkeit schon deshalb nicht durch EU-Politik beseitigt werden, weil der EU-Haushalt nur 0,3 Prozent des gesamteuropäischen Sozialhaushalts ausmacht. Juncker forderte, mit permanenten Schuldzuweisungen an die EU-Institutionen aufzuhören. Die Kommission unter seiner Leitung habe längst verstanden, dass die Menschen nicht wollen, dass die EU ihren Alltag durchreguliert bis zu „Vorschriften für Toiletten-spülungen und die Höhe von Kinderschaukeln“, und lege deutlich weniger Gesetzesvorschläge vor. „Das EU-Bashing hat keine Grundlage seit Amtsantritt dieser Kommission“, so Juncker.

### Szenario 2: „Schwerpunkt Binnenmarkt“

Die EU beschränkt sich ausschließlich auf den Binnenmarkt „da die 27 Mitgliedstaaten in immer mehr Politikbereichen nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Haltung zu finden“. Das könnte bedeuten, dass es schwieriger wird, seine Qualifikationen im Ausland anerkannt zu bekommen, dort Arbeit zu finden und seine Pensionsansprüche dorthin zu übertragen, oder dass

die medizinische Behandlung in anderen Mitgliedstaaten teurer wird. „Meine Vorstellung ist das nicht“, sagte Juncker zur Idee von der EU als reiner Freihandelszone. „Europa ist mehr als Waren, Markt und Geld“, fügte er hinzu.

### Szenario 3: „Wer mehr will, tut mehr“

Diejenigen Mitgliedstaaten, die etwa ein gemeinsames Asylsystem aufbauen wollen, sollen von denen, die das nicht mittragen wollen, nicht daran gehindert werden. Er könne dem „einiges abgewinnen“, wenn es nicht möglich sei, mit allen 27 Staaten voranzugehen, so Juncker. „Vorauselnde Pioniere“ stünden für Europas Erfolge, „siehe Schengen, siehe Euro“. Allerdings werde die EU dann schwerer verständlich als bisher, sagte er auch. So wäre es etwa schwer zu erklären, dass die EU für die Entwicklung eines Systems zuständig sei, mit dem Autos nach Unfällen automatische Notrufe senden, „aber nur in den Ländern X, Y und Z“. Wer sich in Land A aufhalte, bekomme dagegen keine Hilfe. Die Rechte der EU-Bürger würden dann davon abhängen, zu welcher Staatengruppe sie gehören.

### Szenario 4: „Weniger, aber effizienter“

Die EU würde sich darauf konzentrieren, in ausgewählten Bereichen rasche Ergebnisse zu erzielen. Als Beispiele nannte Juncker eine EU-Agentur zur Terrorismusbekämpfung und, als Reaktion auf die Abgasaffäre, eine Agentur, die Sanktionen gegen betrügerische Unternehmen verhängt sowie betroffenen Bürgern zu Schadensersatz verhilft. Für die Kommission sollte laut Juncker dann gelten, sich bei Vertragsverletzungen nicht auf Mahnschreiben zu beschränken, sondern die Einhaltung des EU-Rechts auch tatsächlich durchzusetzen. Andere Tätigkeitsbereiche sollten den Mitgliedstaaten überlassen bleiben.

### Szenario 5: „Viel mehr gemeinsames Handeln“

„Die Mitgliedstaaten beschließen, mehr Kompetenzen und Ressourcen zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen“, heißt es in dem Weißbuch. Entscheidungen sollen rascher getroffen und zügig umgesetzt werden. Allerdings besteht nach Ansicht der Kommission das Risiko, „Teile der Gesellschaft gegen sich aufzubringen, weil sie denken, dass es der EU an Legitimation fehlt oder sie den nationalen Regierungen zu viel Macht abgenommen hat“.

Die fünf Szenarien schlossen sich weder gegenseitig aus, noch seien sie erschöpfend, heißt es in dem Weißbuch. Sie sind der Beitrag der Kommission zu der „Erklärung von Rom“, die die Staats- und Regierungschefs bei einem Sondertreffen zum 60jährigen Jubiläum der Römischen Verträge am 25. März abgeben wollen. Juncker kündigte zudem Zukunftsdebatten mit den nationalen Parlamenten und mit Bürgerinnen und Bürgern an. Erste Schlussfolgerungen zur weiteren Entwicklung der EU sollen die Staats- und Regierungschefs im Dezember ziehen. Konkrete Schritte sollen dann vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2019 festgelegt werden. Es werde der Tag kommen, an dem die EU-Verträge geändert würden, aufgrund eines gemeinsamen Willens, sagte Juncker. „Dieser Wille muss sich aber erst noch herausbilden.“

„Das Weißbuch ist ein notwendiger Denkanstoß, der die Mitgliedstaaten in die Pflicht nimmt“, sagte Lüder Gerken, Vorstandsvorsitzender des Zentrums für europäische Politik (cep) in Freiburg. Die jeweiligen Regierungen müssten nun „Farbe bekennen“ und klar sagen, wohin aus ihrer Sicht die EU steuern soll. „Es ist richtig und mutig, die Diskussion über die Zukunft der EU in die Mitgliedstaaten zu tragen“, so Gerken. (frh/ste) >

### ▮ Weißbuch zur Zukunft Europas

#### Neuer Schwung für die EU

Die Außenminister von Deutschland und Frankreich, Sigmar Gabriel und Jean-Marc Ayrault, begrüßten das Weißbuch der Kommission und den beginnenden Diskussionsprozess als Chance, der EU „neuen Schwung“ zu verleihen. „In Zeiten, in denen die Bedrohungen sowohl von innen als auch von außen zunehmen, teilen Deutschland und Frankreich die Überzeugung, dass eine stärkere Europäische Union unser bester Schutz und unser größter Trumpf für die Zukunft ist“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

## STEUERVERMEIDUNG DURCH KONZERNE

**Weitere Schlupflöcher werden geschlossen**

Im Kampf gegen Steuervermeidung schließt die EU ein weiteres Schlupfloch für international tätige Konzerne. Die EU-Finanzminister billigten nach nur vier Monaten eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Richtlinie, wonach sogenannte hybride Steuermodelle künftig auch dann nicht mehr möglich sein sollen, wenn nicht nur EU-Staaten, sondern auch Drittstaaten daran beteiligt sind. Bei einer hybriden Gestaltung nutzen Konzerne die unterschiedlichen Steuersysteme so aus, dass sie letztendlich in keinem Land Steuern zahlen müssen. Fortan soll aber beispielsweise ein Kredit, der von einer in einem Drittstaat angesiedelten Konzerntochter einer in der EU ansässigen Tochter gewährt wird, in der EU steuerlich nicht mehr abzugsfähig sein.

„Heute schreiben wir ein neues Kapitel unserer erfolgreichen Kampagne für fairere Besteuerung“, sagte der EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, Pierre Moscovici. „Schritt für Schritt schließen

wir die Schlupflöcher, die einige Unternehmen zur Steuervermeidung nutzen“. Die neuen Regeln beruhen in weiten Teilen auf von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Standards zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung. Sie sollen unter anderem die Besteuerung von Auslandsgewinnen sicherstellen und die Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen begrenzen. Der größte Teil der neuen Richtlinie tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Vor der offiziellen Verabschiedung muss noch das Europäische Parlament seine Stellungnahme abgeben.

■ *Beschlüsse gegen Steuervermeidung*



## HANDELSABKOMMEN DER EU

**Studie zeigt Vorteile für die Agrarwirtschaft**

Im vergangenen Jahr stieg der Wert der aus der EU exportierten Agrargüter und Nahrungsmittel auf 130,7 Mrd. Euro und erreichte damit ein Rekordniveau. Mit dazu beigetragen haben Handelsabkommen, die die EU in den vergangenen Jahren mit Mexiko, der Schweiz und Südkorea geschlossen hat. Das geht aus einer Studie hervor, die vom unabhängigen Institut Copenhagen Economics für die EU-Kommission erstellt wurde. „Allein durch diese drei Abkommen wurden das Ausfuhrvolumen des EU-Agrar- und -Ernährungssektors um mehr als 1 Mrd. Euro und die Wertschöpfung in dem Sektor um 600 Mio. Euro gesteigert“, sagte Landwirtschaftskommissar Phil Hogan. Tausende von Arbeitsplätzen in der EU seien dadurch gesichert worden.

In der Studie wird gezeigt, dass die Abkommen in beiden Richtungen zu mehr Handel beigetragen haben, also mehr aus der EU exportiert und mehr aus den drei untersuchten Ländern importiert wurde, wodurch sich die Angebotspalette bei Lebensmitteln für die Verbraucher und Unternehmen in der EU vergrößert hat. Dabei haben die Importe Erzeugern in der EU kein Geschäft weggenommen. Die zusätzlichen Einfuhren hätten Importe aus anderen Drittstaaten ersetzt oder eine steigende Nachfrage der Verbraucher gedeckt, heißt es.

■ *Wachstumsimpulse für Agrarwirtschaft*

## SONDERPREIS „EUROPA HIER BEI MIR“

**Beste Schülerzeitungen aus Rheinland-Pfalz und NRW**

Die Schülerzeitungen „kfm bilanz“ der Kaufmännischen Schulen in Rheine in Nordrhein-Westfalen und „Pausengong“ des Wied-Tal-Gymnasiums aus Neustadt/Wied in Rheinland-Pfalz werden von der EU-Kommission mit dem Sonderpreis „Europa hier bei mir“ ausgezeichnet. Damit gehören sie zu den 35 besten Publikationen beim bundesweiten Schülerzeitungswettbewerb. „Mein Dank gilt den jungen Redakteuren, die viel Mühe darauf verwendet haben, ihren Mitschülern komplexe europäische Themen zu erklären“, sagte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. „Die Schüler entdecken so gemeinsam die Möglichkeiten, die ein Europa der offenen Grenzen für ihre Zukunft bietet.“

„Pausengong“ ging etwa der Frage nach, was für verschiedene Schülerinnen und Schüler „Heimat“ bedeutet und berichtete dabei auch ausführlich über Erfahrungen junger Flüchtlinge. Außerdem widmete sich die Zeitung der Lage in Polen, ausgehend von einem Austauschprojekt mit Danzig. In „kfm bilanz“ wurden viele europäische Projekte der Schule dargestellt, etwa ein Besuch in Brüssel. Die beiden Schülerzeitungen erhalten je 500 Euro und werden im Juni nach Berlin zur Preisverleihung und zu einem EU-Workshop eingeladen.

■ *Europapreis für Schülerzeitungen*

## BEHANDLUNG SELTENER KRANKHEITEN

**Medizinische Experten in der EU bündeln ihr Wissen**

Damit seltene Krankheiten in der EU besser diagnostiziert und behandelt werden können, tauschen Mediziner aus 26 Ländern ihr Fachwissen miteinander aus. Am 1. März fiel der Startschuss für die neuen Europäischen Referenznetzwerke (ERN), in denen 900 hoch spezialisierte Gesundheitseinrichtungen zusammenarbeiten, unter anderem wenn es um Knochenleiden, Blutkrankheiten und Krebserkrankungen bei Kindern geht. „Die neuen Netzwerke werden das beträchtliche Wissen und den Erfahrungsschatz in der EU verbinden, die derzeit kleinteilig über die verschiedenen Länder verstreut sind“, sagte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. „Damit wird diese Initiative die greifbaren Vorteile verdeutlichen, die eine EU-weite Zusammenarbeit mit sich bringt.“

Insgesamt 24 thematische Netzwerke wird es geben. Sie sollen jährlich Tausenden von Patienten zugutekommen, deren Erkrankungen eine besondere Kombination hochspezialisierter Gesundheitsleistungen in Fachgebieten erfordern. Krankheiten gelten als selten, wenn sie nicht mehr als 5 von 10.000 Personen betreffen. Insgesamt beeinträchtigen zwischen 6.000 und 8.000 seltene Erkrankungen den Alltag von etwa 30 Millionen Menschen in der EU – viele davon Kinder.

■ *Mediziner-Teams weltweit vernetzt*

## Mitgliedstaaten kommen auf Reformkurs voran



Die EU-Kommissionsmitglieder Dombrovskis, Thyssen und Moscovici stellen die Berichte zur wirtschaftlichen Lage der Mitgliedstaaten vor.

Investitionsförderung, Strukturreformen und eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik - die EU-Mitgliedstaaten machen in diesen Bereichen Fortschritte. Das geht aus Länderberichten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage hervor, die von der EU-Kommission im Rahmen des so genannten Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik vorgelegt wurden. Die Analyse zeige, dass die gemeinsame Strategie der EU-Staaten Früchte trage, erklärte Valdis Dombrovskis, der für den Euro und sozialen Dialog zuständige Vizepräsident der EU-Kommission. „Die Politik der EU und der Mitgliedstaaten sollte dazu beitragen, dass unsere Volkswirtschaften besser gegen Krisen gewappnet sind und alle Menschen die wirtschaftliche Erholung spüren“, sagte er.

> Die Länderberichte sollen den Mitgliedstaaten Hinweise für ihre nationalen Reformprogramme geben, die sie bis Mitte April bei der Kommission vorlegen müssen. Nach deren Analyse und im Lichte der Konjunkturentwicklung macht die Kommission dann Vorschläge für die länderspezifischen Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik des nächsten Jahres. Diese werden von den Mitgliedstaaten diskutiert und gemeinsam verabschiedet. Wichtiger Bestandteil des Europäischen Semesters ist auch die Prüfung, wo es in den EU-Staaten „makroökonomische Ungleichgewichte“ gibt, die den Staaten selbst oder der Wirtschaft aller Euro-Länder schaden können. Dabei kann es zum Beispiel um Immobilienpreisblasen, zu hohe Schulden oder zu geringe Produktivität von Unternehmen gehen. 13 Länder – darunter auch Deutschland – hat die Kommission im November genauer unter die Lupe genommen.

### Wirtschaftliche „Ungleichgewichte“ analysiert

In sechs davon sieht sie „übermäßige Ungleichgewichte“: Italien, Frankreich, Portugal, Bulgarien, Kroatien und Zypern. Überall ist die hohe Verschuldung ein Problem, gepaart mit hoher Arbeitslosigkeit, oft auch mit vielen notleidenden Krediten in den Bankbilanzen. In Italien und Frankreich tragen laut Kommission auch Mängel bei Produktivität, hohe Arbeitskosten und geringe Investitionen zur Schiefelage bei. Die sechs Staaten sollen nun Korrekturpläne vorlegen.

Auch in Deutschland, Spanien, Irland, den Niederlanden, Schweden und Slowenien gibt es laut Kommission makroökonomische Ungleichgewichte, die allerdings nicht als „übermäßig“ eingestuft werden. In Deutschland zielt die Kritik auf den hohen Leistungsbilanzüberschuss, der seit Jahren über dem als noch akzeptabel geltenden Wert von 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt. Dieses Jahr könnte er nochmals steigen auf 8,7 Prozent. „Das ist nicht gesund für die Wirtschaft“, sagte EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici. „Große Verzerrungen“ in Deutschland und im gesamten Euroraum seien die Folge.

### Deutsche Haushalte sparen am meisten

Die Kommission sieht durchaus, wie etwa auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), den Wert der deutschen Exportstärke für die EU. Doch die Kehrseite des hohen Leistungsbilanzüberschusses sind geringe Investitionen in Deutschland. Die Bundesregierung habe zwar die staatlichen Investitionen inzwischen gesteigert, einen Aufwärtstrend im Verhältnis von Investitionen zur Wirtschaftsleistung gebe es aber nicht. Auch erreichten die Ersparnisse der Haushalte im Vergleich zum Euro-Währungsgebiet Rekordhöhen. Eine Verringerung des Überschusses würde laut Kommission in anderen Euro-Ländern die Chancen verbessern, Ungleichgewichte abzubauen. Durch den Verkauf von mehr eigenen Produkten und weil eine dynamischere Binnen Nachfrage in Deutschland dazu beitrage, „die niedrige Inflation zu überwinden und den hoch-

verschuldeten Mitgliedstaaten den erforderlichen Verschuldungsabbau zu erleichtern“.

Zu dem hohen Leistungsbilanzplus tragen auch äußere Einflüsse bei, sagte Moscovici. „Die hohen Ausfuhren zeigen die starke Nachfrage nach hochwertigen Produkten 'Made in Germany'“, erklärte Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Aus Schweitzers Sicht trifft es aber zu, dass Deutschland bei öffentlichen Investitionen in Schulen, Straßen und Schienen nachholen müsse. „Oft mangelt es jetzt aber an Planungskapazitäten und umsetzungsreifen Projekten“, bemängelte der DIHK-Präsident. (frh/chg) >

### Europäisches Semester 2017

#### Armut und Ungleichheit verringert

Den Länderberichten der EU-Kommission zufolge finden nach der Wirtschaftskrise mehr Menschen Jobs, und auch die Löhne und Gehälter steigen allmählich. „Nun, wo wieder ein moderates Wirtschaftswachstum verzeichnet wird, müssen wir die Gelegenheit ergreifen und stärker gegen die Gefahr von Armut, ungleiche Einkommensverteilung und ungleiche Chancen vorgehen“, sagte Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Arbeit und Soziales. Ein Weg sei die Einführung angemessener Mindestlöhne. Zur Stärkung der sozialen Rechte der EU-Bürger will die Kommission in diesem Jahr Vorschläge machen.

## REFORMKURS GRIECHENLANDS

## Wettbewerbsfähigkeit soll stärker im Mittelpunkt stehen

Im Bemühen der EU-Staaten und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die griechische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und die finanzielle Lage des Landes dauerhaft zu stabilisieren, gibt es eine neue Dynamik. Das sagte EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Pierre Moscovici nach Beratungen der Euro-Finanzminister über den Reformkurs des Landes. Durch die „ausgewogenen“ Beschlüsse sehe „das griechische Volk Licht am Ende des Tunnels der Sparpolitik“, so Moscovici. „Es wird eine Veränderung im Politik-Mix geben, weg von Austerität, hin zu einer stärkeren Betonung tiefgreifender Reformen, was auch ein Schlüsselement für den IWF ist“, sagte Jeroen Dijsselbloem, der Vorsitzende der Eurogruppe der Finanzminister.



Die griechische Wirtschaft soll dauerhaft in Schwung gebracht werden. Ein wichtiger Wirtschaftszweig ist der Tourismus.

> Eine politische Einigung zum Abschluss des zweiten Überprüfungsprozesses der mit Athen 2015 vereinbarten Reformen, die Voraussetzung für die Auszahlung weiterer Kredite aus dem dritten Hilfspaket von bis zu 86 Mrd. Euro ist, gab es bei dem Treffen noch nicht. Aber die Gläubiger hätten genug Vertrauen in die langfristigen Erfolgsaussichten des vereinbarten Reformkurses, so dass Vertreter von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank, des Euro-Schutzschirmes ESM und des IWF nun nach Athen zurückkehren und die Arbeit an den Reformen mit den Verantwortlichen vor Ort wieder aufnehmen würden, sagte Dijsselbloem.

### Vertrauen soll sich festigen

Es gehe um ein neues Paket an Strukturreformen, die das Steuer- und Pensionssystem sowie die Arbeitsmarktregulierung betreffen. Viel Arbeit bleibe noch zu tun, um die griechische Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Die Haushaltssituation sehe inzwischen aber sehr viel besser aus, als noch vor einigen Jahren, betonte Dijsselbloem. Die Griechen würden Vorschläge machen, wie sie künftigen Haushaltsspielraum bei der Umsetzung der geforderten Strukturreformen nutzen wollen, um möglichst weiteres Wirtschaftswachstum zu generieren. Ein Schlüssel zu Wachstum sei Vertrauen. „Dieses Vertrauen ist im vergangenen Jahr zurückgekehrt und es muss sich festigen, und wir wollen das nicht in Gefahr bringen“, so der Eurogruppen-Vorsitzende.

Europäer und IWF hatten die Lage Griechenlands zuletzt etwas unterschiedlich beurteilt. Experten des Währungsfonds hielten die Schuldenbelastung des Landes und die Bedingungen für deren Abbau für langfristig nicht tragbar, und der IWF hat seine finanzielle Beteiligung am dritten Hilfsprogramm noch nicht zugesagt. Das aber ist für die Europäer sehr wichtig, besonders für die Bundesregierung, denn die IWF-Beteiligung war ein wesentliches Element bei der Billigung der Griechenland-Hilfen durch den Bundestag.

„Der IWF wird sich beteiligen“, prognostizierte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und zeigte sich zuversichtlich, dass es bald

### Athen zahlt 2 Mrd. Euro zurück

Die griechische Regierung hat einen Kredit beim Euro-Rettungsschirm ESM über 2 Mrd. Euro beglichen. Die Rückzahlung resultiere aus dem Verkauf von Vermögenswerten einer Bank, die an der Banken-Rekapitalisierung im Jahr 2015 teilgenommen habe, so ESM-Direktor Klaus Regling. „Die prompte Zahlung zeigt, dass Griechenland ein verlässlicher Vertragspartner ist“, sagte er. „Es ist ein Zeichen, dass die Restrukturierung des griechischen Bankensektors gut vorankommt.“ Der ESM geht davon aus, dass Griechenland bis 2018 deutlich weniger Geld braucht, als die im Hilfsprogramm vereinbarten maximal 86 Mrd. Euro.

eine Einigung mit Griechenland über die Fortsetzung des Hilfsprogramms geben werde. Athen akzeptierte grundsätzlich die Forderung, vorab Einsparungen zu beschließen, die bei einem Verfehlen von Haushaltszielen automatisch in Kraft treten sollen. Die Schulden des Landes sind derzeit nach Meinung der Eurogruppe nicht das entscheidende Problem, denn diese seien langfristig finanziert. Entscheidend sei jetzt, „dass sich Griechenland so entwickelt, dass es wettbewerbsfähig wird“, sagte Schäuble. Man sei aber „auf einem ganz guten Weg“.

### Überschüsse zuletzt höher als verlangt

EU-Kommissar Moscovici hob hervor, was zuletzt erreicht wurde. So sei 2016 in Griechenland nicht wie prognostiziert zu einem weiteren Jahr der Rezession geworden, sondern habe ein Wachstum von 0,3 Prozent gebracht. Die weiteren Vorhersagen lauteten auf 2,7 Prozent Wachstum in diesem und 3 Prozent im nächsten Jahr. Den von den Gläubigern geforderten Primärüberschuss (positiver Haushaltssaldo vor Schuldendienst) von 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung habe Griechenland 2016 mit wahrscheinlich mindestens 2 Prozent deutlich übererfüllt. Bestätige sich dieser Trend, wäre das Land auf dem Weg, seine mittelfristigen Vorgaben einzuhalten, so Moscovici. Im Hilfsprogramm sind mittelfristig Primärüberschüsse von 3,5 Prozent vereinbart. (frh) >

█ *Griechenlands Fortschritte*

## Auch für den Weg zurück soll es klare Regeln geben



Auch wenn Migranten die EU wieder verlassen müssen, soll es geordnet und human zugehen.

> „Die zügige Rückführung irregulärer Migranten wird nicht nur den Druck auf die Asylsysteme der Mitgliedstaaten verringern und dafür sorgen, dass ausreichende Kapazitäten für den Schutz derjenigen, die wirklich Schutz brauchen, zur Verfügung stehen, sondern sie ist auch ein deutliches Signal, um zu verhindern, dass sich Menschen auf die gefährliche irreguläre Reise in die EU machen“, sagte der für Migration und Innenpolitik zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Hauptsächlich gehe es darum, Schlupflöcher zu schließen und die bestehenden Vorschriften so anzuwenden, dass sie in der Praxis funktionieren. Dabei seien „natürlich die Grundrechte und der Grundsatz der Nichtzurückweisung in vollem Umfang zu wahren“, sagte Avramopoulos. Unter anderem empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten folgendes:

- > Koordination aller am Rückkehrprozess beteiligten Behörden verbessern.
- > Fristen für das Einlegen von Einsprüchen verkürzen, Gültigkeit von Rückkehrentscheidungen nicht zeitlich beschränken, Gleichzeitig über Aufenthaltsrecht und Abschiebung entscheiden.
- > Bei Verdacht auf vorsätzliche Verzögerung Verfahren beschleunigen.
- > Bis zum 1. Juni mehr Programme zur Unterstützung von freiwilliger Rückkehr und Wiedereingliederung auflegen.

Auf EU-Ebene sollen die Mitgliedstaaten bei der Organisation von effizienten und dennoch menschenwürdigen Rücksendungen unterstützt werden, etwa durch die Europäische Grenz- und Küstenwache. Die soll sich unter anderem um gewerbliche Flüge kümmern, mit denen Menschen zurückgebracht werden, und die Behörden in Drittstaaten schulen, damit die Wiederaufnahme besser klappt. Außerdem will die EU weiter an Rücknahmeabkommen mit Nigeria, Tunesien und Jordanien arbeiten und sich um mehr Zusammenarbeit mit Marokko und Algerien bemühen. Ferner sollen die Mitgliedstaaten in diesem Jahr 200 Mio. Euro für Rückkehrprogramme erhalten.

### Kooperation mit Drittstaaten ist wichtig

Wichtiger Bestandteil der EU-Migrationsstrategie ist die Zusammenarbeit mit Staaten, aus denen Menschen kommen, oder die sie auf ihrer gefährlichen Reise durchqueren. Die Kommission berichtet über Fortschritte, die seit Juni

Die EU-Kommission arbeitet weiter an der Umsetzung der mit den Mitgliedstaaten vereinbarten umfassenden Strategie zum Umgang mit Flüchtlingen und Migranten. Der Aufbau der Europäischen Grenz- und Küstenwache werde vorangetrieben, ebenso die Bemühungen, enger mit Drittstaaten zusammenzuarbeiten, über die Menschen in die EU kommen, heißt es in einem Lagebericht der Kommission. In Griechenland und Italien seien inzwischen alle Voraussetzungen für die vereinbarte Verteilung von Asylbewerbern auf andere Staaten erfüllt. Wie von den EU-Staats- und Regierungschefs gewünscht, legte die Kommission auch Vorschläge vor, wie die Rückkehr von Migranten ohne Bleiberecht besser organisiert werden kann.

bei der Kooperation mit Niger, Mali, Nigeria, Senegal und Äthiopien gemacht wurden, und über die weiteren Pläne für die kommenden Monate. Auch mit Libyen soll weiter kooperiert werden, etwa beim Training der Küstenwache. Die EU unterstützt die Internationale Organisation für Migration (IOM) finanziell dabei, Migranten, die unter oft furchtbaren Bedingungen in Libyen gestrandet sind, freiwillige Rückkehrmöglichkeiten zu eröffnen.

Erneut erinnerte die Kommission die EU-Staaten an ihre Verpflichtung, den Hauptankunfts-ländern Griechenland und Italien bis September insgesamt 160.000 Schutzsuchende abzunehmen. Davon seien bisher erst 13.546 Personen umverteilt, obwohl Griechenland und Italien alle Voraussetzungen dafür erfüllt hätten. Bisher seien nur Malta und Finnland „auf bestem Weg“, ihre solidarischen Verpflichtungen zu erfüllen. Ungarn, Österreich und Polen verweigerten sich völlig und Tschechien, Bulgarien, Kroatien und die Slowakei beteiligten sich nur sehr eingeschränkt, heißt es im Bericht.

„Alle unsere Maßnahmen sind miteinander verknüpft, und die Mitgliedstaaten können sich im Hinblick auf ihre Bringschuld nicht einfach die Rosinen herauspicken“, mahnte Avramopoulos. Deutschland hat bisher 2.626 Flüchtlinge von Italien und Griechenland übernommen und damit 10 Prozent seiner Verpflichtungen erfüllt. (frh) >

■ Europäische Migrationsagenda

### Legale Wege in die EU

Seit September 2015 haben die EU-Staaten 14.422 Schutzsuchende aus Flüchtlingslagern in die EU geholt und ihnen damit einen sicheren und legalen Weg geöffnet. Darunter sind auch 3.565 syrische Flüchtlinge, die im Rahmen der Kooperation mit der Türkei aufgenommen wurden, 1.403 davon in Deutschland. Weitere 34.000 syrische Flüchtlinge aus der Türkei sollen bald in die EU kommen. Die Kommission hat die Unterstützung für die aufnehmenden Mitgliedstaaten auf 213 Mio. Euro erhöht.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 07.03.2017 18.30–20.00 Uhr	„Moldova, the EU and the Struggle for Reforms – How to Adjust the Eastern Partnership?“ Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="https://dgap.org/de/node/29089">https://dgap.org/de/node/29089</a>
> 08.03.2017 18.00–21.00 Uhr	„60 Jahre Römische Verträge. Ja zu Europa – Mut zu Veränderung“ Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Deutscher Bundestag (Paul-Löbe-Haus) Paul-Löbe-Allee 2 <b>11011 Berlin</b>	<a href="http://www.gruene-bundestag.de/termin/60-jahre-roemische-vertraege-ja-zu-europa-mut-zu-veraenderung.html">www.gruene-bundestag.de/termin/60-jahre-roemische-vertraege-ja-zu-europa-mut-zu-veraenderung.html</a>
> 09.03.2017 18.30 Uhr	„Polen kontra Europa“ Diskussion zur politischen Lage in Polen  <b>Veranstalter:</b> Deutsch-Polnisches Bürgerforum, Europa-Union Kassel	Stadtteilzentrum Vorderer Westen Elfbuchenstraße <b>34119 Kassel</b>	<a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2017/maerz/9/termin/einzel/polen_kontra_europa.html">www.europatermine.de/termine/datum/2017/maerz/9/termin/einzel/polen_kontra_europa.html</a>
> 09.03.2017 19.00 Uhr	„Frauen in Politik und Wirtschaft“ Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Europäisches Parlament, Informationsbüro in München	Reuchlinhaus Jahnstraße 42 <b>75173 Pforzheim</b>	<a href="http://www.europarl.de/view/de/informationsbuero_muenchen.html">www.europarl.de/view/de/informationsbuero_muenchen.html</a>
> 10.03.2017 09.00 Uhr	„Bürgerwerkstatt Außenpolitik. Welches Europa wollen wir?“ Diskussionsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Auswärtiges Amt, Stiftung Mercator	Auswärtiges Amt Werderscher Markt 1 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2017/maerz/10/termin/einzel/buergerwerkstatt_aussenpolitik.html">www.europatermine.de/termine/datum/2017/maerz/10/termin/einzel/buergerwerkstatt_aussenpolitik.html</a>
> 10.03.2017 12.00–14.00 Uhr	„Wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern - alles geregelt in Europa?“ Diskussionsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Europäisches Parlament	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.europarl.de/de/aktuell_presse/veranstaltungen/internationaler_frauentag.html">www.europarl.de/de/aktuell_presse/veranstaltungen/internationaler_frauentag.html</a>
> 10.03.2017 18.00 Uhr	„Europäischer Jahresempfang“ Festveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland, Europäische Kommission	Altes Rathaus der Stadt Bonn Am Markt <b>53111 Bonn</b>	<a href="http://ec.europa.eu/germany/events/europ%C3%A4ischer-jahresempfang_de">http://ec.europa.eu/germany/events/europ%C3%A4ischer-jahresempfang_de</a>
> 14.03.2017 19.00 Uhr	„Post-Brexit-Diskussionen zur Zukunft des Europäischen Projekts: Welche Chancen hat eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik für Europa?“ Vortrag  <b>Veranstalter:</b> Europa-Haus Leipzig e. V.	Europa-Haus Leipzig e. V. Markt 10 <b>04109 Leipzig</b>	<a href="http://www.europa-haus-leipzig.de/">www.europa-haus-leipzig.de/</a>
> 16.03.2017 18.00–20.30 Uhr	„Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“ Bürgerdialog  <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland	Bremische Bürgerschaft Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	<a href="http://www.europa-union.de/buergerdialoge/und-jetzt-europa/">http://www.europa-union.de/buergerdialoge/und-jetzt-europa/</a>
> 16.03.2017 19.00–20.00 Uhr	„Kleines Land – Große Wirkung. Die Wahl in den Niederlanden und die Folgen für Europa“ Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="https://ec.europa.eu/germany/rbb-inforadio-events-registration_de">https://ec.europa.eu/germany/rbb-inforadio-events-registration_de</a>

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)

## IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

### Herausgeber:

#### Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

#### Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

#### Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

#### Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



### Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## EU-PROGRAMM „CREATIVE EUROPE MEDIA“

**Geförderte Filme räumen bei der Berlinale ab**

Die EU will das europäische Kino voranbringen. Finanziert wird die Filmförderung aus dem EU-Programm „Creative Europe Media“, das für die Jahre 2014 bis 2020 mit 1,46 Mrd. Euro ausgestattet ist. Welche attraktiven Werke mit der EU-Hilfe entstehen, bewiesen die jüngsten Internationalen Filmfestspiele in Berlin: Der Goldene Bär, vier Silberne Bären und mehrere Sonderpreise gingen an zehn EU-geförderte Filme.

„Die zahlreichen Preise sind auch eine große Anerkennung für unsere Anstrengungen, das europäische Kino in seinem Reichtum und seiner Vielfalt zu unterstützen“, sagte der für den Digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Andrus Ansip. Insgesamt wurden 25 Filme auf der Berlinale gezeigt, die durch Creative Europe Media unterstützt wurden. Sie erhielten zusammen über 1,7 Mio. Euro, vor allem für ihre Entwicklung und für den Vertrieb außerhalb ihres Heimatlandes.

Die zahlreichen Preise sind auch eine große Anerkennung für unsere Anstrengungen, das europäische Kino in seinem Reichtum und seiner Vielfalt zu unterstützen“, sagte der für den Digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Andrus Ansip. Insgesamt wurden 25 Filme auf der Berlinale gezeigt, die durch Creative Europe Media unterstützt wurden. Sie erhielten zusammen über 1,7 Mio. Euro, vor allem für ihre Entwicklung und für den Vertrieb außerhalb ihres Heimatlandes.

■ [Goldener und Silberne Bären für EU-geförderte Filme](#)

## EUROSCOLA-WETTBEWERB

**Das Thema 2017 lautet „Europa trotzdem!?“**

20 Gruppen aus Deutschland dürfen im Schuljahr 2017/2018 wieder für einen Tag zum Europäischen Parlament nach Straßburg fahren und dort im Rahmen des Programms Euroscola hautnah erleben, wie EU-Politik gemacht wird. Sie diskutieren dann auf Englisch oder Französisch gemeinsam mit Schülern aus den anderen 27 Mitgliedstaaten über aktuelle europäische Themen und stimmen über sechs Parlamentsberichte ab. Woher die deutschen Vertreter kommen, wird durch einen Wettbewerb entschieden.



Dessen Thema lautet in diesem Jahr: „Europa trotzdem!? Welche Folgen haben Krisen und zunehmender Nationalismus für die EU?“. Mitmachen können Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 bis 19 Jahren. Ihre Aufgabe ist es, als Gruppe einen Beitrag zu dem Thema zu entwickeln, wobei die Kategorien Print/Online oder Multimedia zur Auswahl stehen. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 1. April.

■ [Wettbewerb Euroscola 2017](#)

## BOTSCHAFTERSCHULEN FÜR DAS EUROPAPARLAMENT

**Vorbereitung auf den Europatag steht an**

Im Schuljahr 2015/2016 hat das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland das Projekt „Botschafterschule für das Europäische Parlament“ gestartet. Ziel ist es, an teilnehmenden Schulen Schüler und Lehrer zu finden, die Ideen und Initiativen entwickeln, um bei jungen Menschen Wissen über und Verständnis für die europäische Einigung und die demokratischen Prozesse in der EU zu mehrten. Teils entwickeln die Teilnehmer selbst Informationsmaterial, sie werden aber auch von einer europabildungspolitischen Agentur unterstützt.

Inzwischen gibt es an einigen Schulen schon Europa-AGs und diverse Projekte wie die Beantwortung einer „Frage der Woche“. Etliche junge Menschen sind zu Juniorbotschafterinnen und -botschaftern ernannt worden, es hat Besuchsfahrten gegeben, die Schulen vernetzen sich und bilden sich auf regionalen Konferenzen fort. Von diesen soll es weitere in diesem Frühjahr geben, außerdem beginnt jetzt die Vorbereitung von Aktionen für den Europatag Anfang Mai. Weitere Informationen über das Projekt auf folgender Webseite:

■ [EP-Botschafterschulen](#)

## AUSSCHREIBUNG

**Dienstleister für Sicherheit und Empfang gesucht**

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, die auch im Namen des Informationsbüros des Europäischen Parlaments handelt, führt ein nicht offenes Ausschreibungsverfahren für einen Direktvertrag über die Erbringung von Wach- und Empfangsdienstleistungen (einschließlich Telefonzentrale) für das EU-Haus in Berlin, Deutschland, durch (PR/2017-02-SEC/BER).

Wenn Sie sich an der Ausschreibung beteiligen möchten, lesen Sie hierzu die Mitteilung Nr. 2017/S 37, Veröffentlichung im Amtsblatt der EU, Reihe S vom 22. Februar 2017. Die Bewerbungsunterlagen zu der vorgenannten Ausschreibung und alle zusätzlichen Informationen werden auf der unten angegebenen e-Tendering Webseite bereitgestellt.

Die Website wird regelmäßig aktualisiert, und Sie sind innerhalb der Einreichungsfrist selbst dafür verantwortlich zu überprüfen, ob Aktualisierungen oder Änderungen vorgenommen wurden. Die Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme an der Ausschreibung endet am 31. März 2017.

■ [Ausschreibungsunterlagen](#)